



Fachkonferenz „Arbeitnehmerfreizügigkeit 2025“ Herausforderungen und Perspektiven des europäischen Arbeitsmarkts Hamburg, 17. Juni 2015

Diskussionsbeitrag

**Elisabeth Kotthaus
Politische Berichterhalterin Recht
Europäische Kommission
Vertretung in Deutschland**

Präsident Juncker: 10 Prioritäten

*"Im Fokus meiner Agenda stehen **zehn Politikbereiche**.*

Dabei geht es mir an allererster Stelle um konkrete Ergebnisse in diesen zehn Bereichen.

*Andere politische Bereiche möchte ich den Mitgliedstaaten überlassen, sofern diese über eine stärkere Legitimitätsgrundlage und die besseren Ressourcen verfügen, um - ganz im Sinne der **Grundsätze von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit** - auf **nationaler, regionaler oder lokaler** Ebene wirksame politische Maßnahmen zu ergreifen.*

Ich wünsche mir eine Europäische Union, die in großen Fragen Größe und Ehrgeiz zeigt und sich in kleinen Fragen durch Zurückhaltung und Bescheidenheit auszeichnet."

Jean-Claude Juncker, Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel. Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission, Straßburg, 15.7.2014

10 Prioritäten

1. Neue Impulse für **Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen**
2. Ein vernetzter **digitaler Binnenmarkt**
3. Eine robuste **Energieunion** mit einer zukunftsorientierten **Klimaschutzpolitik**
4. Ein vertiefter und fairerer **Binnenmarkt** mit gestärkter industrieller Basis
5. Eine vertiefte und fairere **Wirtschafts- und Währungsunion**
6. Ein vernünftiges und ausgewogenes **Freihandelsabkommen** mit den USA
7. Auf gegenseitigem Vertrauen fußender **Raum des Rechts und der Grundrechte**
8. Hin zu einer neuen **Migrationspolitik**
9. Mehr Gewicht auf der **internationalen Bühne**
10. Eine Union des **demokratischen Wandels**

Jean-Claude Juncker, Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel. Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission, Straßburg, 15.7.2014



4. Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis

„Die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zählt seit jeher zu den wichtigsten Säulen des Binnenmarkts; für sie werde ich nachdrücklich eintreten, zugleich aber auch den nationalen Behörden das Recht zugestehen, gegen Missbrauch und Leistungsbetrug vorzugehen. Ich glaube, dass wir die Freizügigkeit nicht als Bedrohung, sondern als wirtschaftliche Chance begreifen müssen. Daher sollten wir die **Arbeitskräftemobilität** fördern, insbesondere in Bereichen, in denen Stellen länger unbesetzt bleiben und Fachkräfte fehlen. Zugleich werde ich dafür Sorge tragen, dass die **Entsenderichtlinie** streng umgesetzt wird, und ich werde eine gezielte Überprüfung dieser Richtlinie auf den Weg bringen, um sicherzustellen, dass Sozialdumping in der Europäischen Union keinen Platz hat. **In unserer Union sollte gleiche Arbeit am gleichen Ort gleich vergütet werden.**“

Mandat von Präsident Juncker an Frau Kommissarin Thyssen

- Titel: Kommissarin für „Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und **Arbeitskräftemobilität**“
- Die Förderung der Freizügigkeit von Arbeitnehmern, in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden, um sicherzustellen,
 - dass die existierenden Regeln gut verstanden und umgesetzt werden,
 - aber auch um möglichen Missbrauch oder betrügerische Ansprüche zu bekämpfen.
- Diese Aufgabe schließt ein sicherzustellen dass die **Entsenderichtlinie** strikt umgesetzt wird und dass eine zielgerichtete Überprüfung der Richtlinie initiiert wird um dem Risiko von Sozialdumping vorzubeugen.
- Ein Teil unserer Anstrengungen sollte aber auch darauf verwandt werden, die Chancen und die Bedingungen zu verbessern für **geographische und berufliche Mobilität über ganz Europa** durch Initiativen wie das European Arbeitsmobilitätsportal **EURES**.
- Dafür wird aber auch die Arbeit der Kommissarin für Binnenmarkt, Unternehmertum und KMUs von Bedeutung sein im Bereich Arbeitnehmerfreizügigkeit und Anerkennung von Qualifikationen.

Neue Arbeitsweise

- Koordinierung durch VP für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit Dombrovskis und VP für den Euro und den Sozialen Dialog Katainen
- Zusammenarbeit mit anderen Kommissaren für Wirtschaft (Moscovici), Digitale Wirtschaft und Gesellschaft (Oettinger), Klimapolitik und Energie (Cañete), Binnenmarkt (Bieńkowska), Regionalpolitik (Crețu), Transport (Bulc),...

Herausforderungen

- Immer noch wenig Mobilität: Ende 2012 wohnte nur 2,8% der Bevölkerung in einem anderen Mitgliedstaat (14,1 Mio EU- Bürger)
- Soziale Inklusion der mobilen EU- Bürger
- Vermeidung von Mißbrauch
- Auswirkungen auf den Arbeitnehmerschutz
- Keine Wettbewerbsverzerrung für lokale KMU
- aber: Arbeitnehmermobilität ist eine Chance, keine Bedrohung!

Was tut die Europäische Kommission?

- Hüterin der Verträge
- Jährliche Berichte der Kommission dazu
- Beschwerden: Im Jahr 2013 betrafen von 470 Beschwerden 178 Fälle die Arbeitnehmerfreizügigkeit, 60 EU- Pilot-Verfahren (SWD(2014)359 final vom 23.12.2014)
- März 2015: Kommission bringt Belgien vor den EuGH (siehe MEMO/15/4666 vom 26.3.2015) weil es sich weigert, Bescheinigungen mobiler Arbeitnehmer (sogenannte „portable Dokumente A1“) anzuerkennen, die belegen, dass diese in einem anderen Mitgliedsstaat Sozialversicherungsbeiträge zahlen.

"Durchsetzungs- Richtlinie"

- Richtlinie 2014/67/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Durchsetzung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems („IMI-Verordnung“)
- Umsetzung bis 18. Juni 2016
- Vorschlag der Kommission vom vom 21.3.2012
COM(2012) 131 final

"Erleichterungs- Richtlinie"

- Vorschlag COM(2013)236 vom 26. April 2013
- Richtlinie 2014/54/EU vom 16. April 2014
Richtlinie über Maßnahmen zur Erleichterung der Ausübung der Rechte, die Arbeitnehmern im Rahmen der Freizügigkeit zustehen
- Die Richtlinie muss zum 21. Mai 2016 in nationales Recht umgesetzt sein.

Mitteilung vom 25. November 2013 COM (2013) 837: 5 grundlegende Maßnahmen:

- Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Scheinehen (Handbuch)
- Unterstützung bei Anwendung der Regeln zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (Kriterien zur Feststellung des gewöhnlichen Aufenthaltsorts)
- Unterstützung der sozialen Inklusion: 20% der ESF – Mittel müssen nun dafür und für Bekämpfung von Armut verwendet werden.
- Berücksichtigung der Bedürfnisse lokaler Behörden (Austausch bewährter Verfahren)- Studie über 6 Städte, u.a. Hamburg 2014 und Bürgermeisterkonferenz Februar 2014
- Schulungsmodul im Internet für Mitarbeiter lokaler Behörden/ Schaffung lokaler Beratungsstellen für mobile Arbeitnehmer

EURES- Portal: Weiterentwicklung

- Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über ein Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen, den Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten und die weitere Integration der Arbeitsmärkte
COM(2014)6 vom 17.1.2014
- Europäischer Rat: Ausbau von EURES zu echtem europäischem Arbeitsvermittlungsinstrument (2012)

Kommission: Mängel sind insbesondere:

- Unvollständiger Stellenpool, der nicht allen zugänglich ist
- Abgleich von freien Stellen und Lebensläufen nicht automatisiert möglich
- Ineffizienter Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten

Europäisches Parlament und Rat haben sich noch nicht geeinigt. Im EP wird über den Bericht im Ausschuss am 23.6.2015 abgestimmt



Vorschlag für eine Europäische Plattform zu Schwarzarbeit COM(2014)221

- Allgemeine Ausrichtung des Rats (Oktober 2014): Verpflichtende Teilnahme aller Mitgliedstaaten, aber jeder Mitgliedstaat kann entscheiden inwieweit er sich den Initiativen anschließt
- Europäisches Parlament: im Plenum am 5.10.2015

Mobilität kroatischer Arbeitnehmer

- Neuer Bericht KOM 29.5.2015
- Moderate Zuwanderungen
- Keine wesentlichen Änderungen nach Ende der Übergangszeit am 30. Juni 2020 zu erwarten
- Rat muss auf der Basis bis 30. Juni 2015 eine Einschätzung der Übergangsregelungen vornehmen, ob die Beschränkungen weiter gelten oder aufgehoben werden sollen (laut Beitrittsvertrag)
- Kabinettsbeschluss der Bundesregierung vom 17.6.2015:
[Beschluss zur Nichtinanspruchnahme der Übergangsregelungen der zweiten Stufe des Beitrittsvertrags mit Kroatien in Bezug auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Entsendung von Arbeitnehmern bei der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung für den Zeitraum ab 1. Juli 2015 \(BMAS\)](#)

Orientierungsdebatte zur Sozialpolitik 9. Juni 2015

- Bessere Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten (Länderspezifische Empfehlungen)
- Verstärkung des Sozialen Dialogs, auch für das „Europäische Semester“
- Modernisierung des Arbeits- und Sozialrechts (Digitalisierung)
- EU- Finanzierungen
- „Juncker- Plan“
- Jugendbeschäftigungsinitiative
- Empfehlung für die Integration von Langzeitarbeitslosen (Mitte 2015)
- Mobilitätspaket (Ende 2015)

Vorbereitung eines Mobilitätspakets

- Soll Ende 2015 vorgestellt werden
- Mobilität erleichtern, aber auf faire Weise
- 1. Priorität: objektive Analyse der Mobilitätsflüsse und deren Auswirkungen auf die nationalen Arbeitsmärkte und die Systeme der sozialen Sicherheit (Zahlen und Fakten!)
- 2. Priorität: Mitgliedsstaaten zu unterstützen, um Fehler, Mißbrauch und Betrug zu vermeiden:
- 3. Priorität: prüfen, ob die derzeitigen Regeln geändert werden müssen

Vorbereitung eines Mobilitätspakets (2)

- Regeln über die Koordination der Systeme der sozialen Sicherheit: erfüllen sie noch die Ziele? Wir führen dazu eine gründliche Folgenabschätzung durch – Beiträge dazu sind willkommen!
- Gezielte Überprüfung der Entsenderichtlinie: Gibt es Lücken, v.a.: Lücken, die Mißbrauch und Sozialdumping ermöglichen? Wie steht es mit dem Mindestlohn für das Transportgewerbe? Sind Klarstellungen nötig?
- Die Europäische Kommission hört derzeit an, hat sich noch keine abschließende Meinung gebildet

Fachkonferenz der lettischen Präsidentschaft: “How to Improve Intra-European Mobility and Circular Migration? Fostering Diaspora Engagement” 11.-12.6.2015 in Riga

- <https://eu2015.lv/events/political-meetings/how-to-improve-intra-european-mobility-and-circular-migration-fostering-diaspora-engagement-2015-05-11>
- Vorschläge der Experten:
- Nächster Bürgerschaftsbericht sollte das Thema Arbeitnehmermobilität als Schwerpunkt haben
- Arbeitnehmermobilität könnte auch Thema eines Europäischen Jahres sein
- Bessere Hervorhebung der Vorteile aufgrund verbesserter Statistiken (Eurostat)
- Einfachere und schnellere Anerkennung von Qualifikationen

Akademisches Netzwerk von Experten für Arbeitnehmerfreizügigkeit und soziale Sicherheit (FreSsco)

- <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=1098>
- Deckt alle 28 Mitgliedstaaten ab und Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz

Beratende Komitees zur Arbeitnehmerfreizügigkeit (VO 492/2011 –vorher VO 2612/68):

- <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1029&langId=en>
- Vertreter der Mitgliedstaaten
- **Netzwerk von Statistikexperten zur Freizügigkeit**
- <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1157&langId=en>

Bessere Rechtssetzung: Territoriale Folgenabschätzung

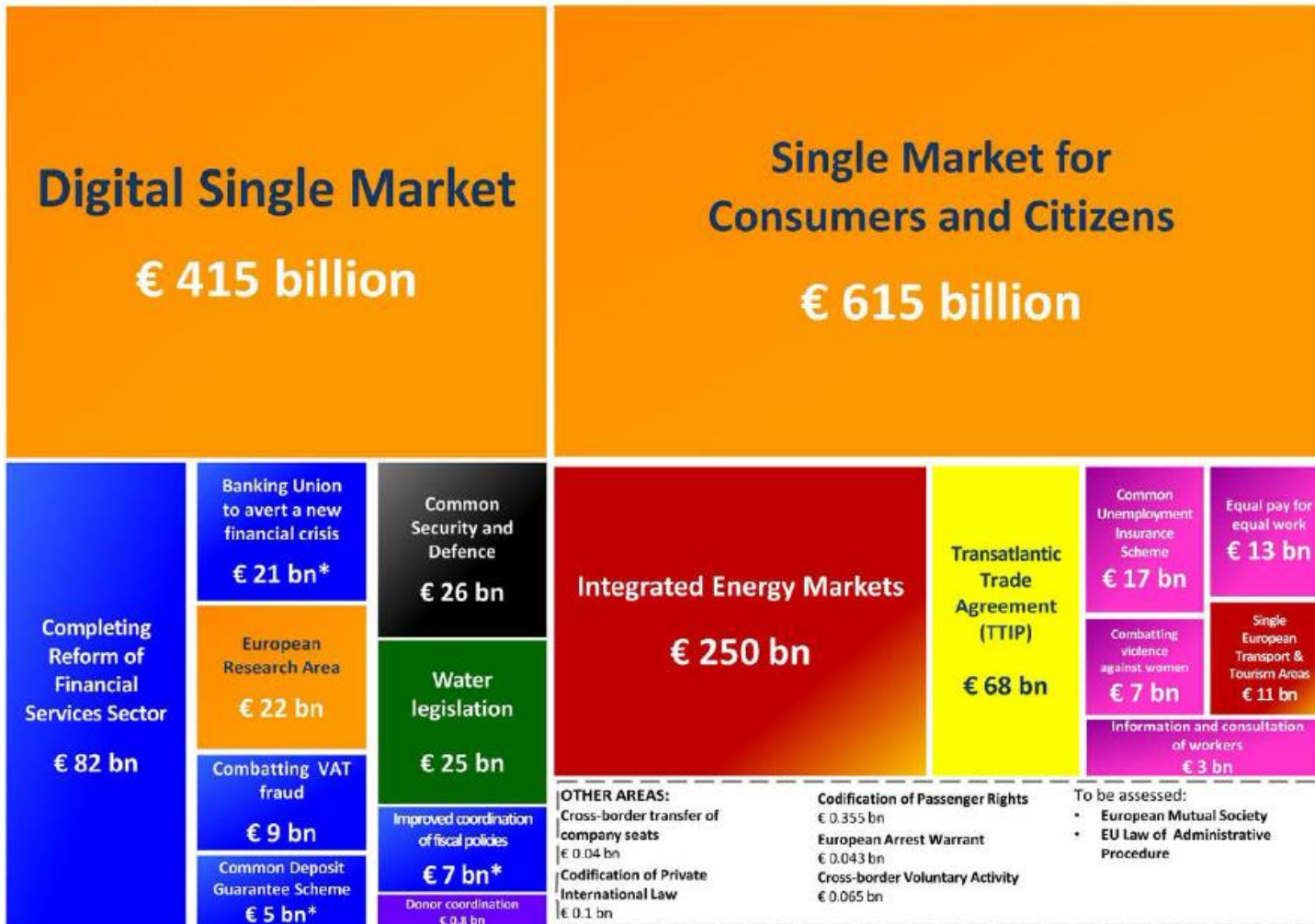
- Arbeitsunterlage SWD(2013)3 vom 17.1.2013: „Assessing territorial impacts: Operational guidance on how we assess regional and local impacts within the Commission Impact Assessment System“
- Neue Richtlinien zur Folgenabschätzung SWD(2015)111 vom 19.5.2015 (S. 26, 32, 74)
- Online: neue „Better Regulation Toolbox: Tool # 29“ vom 19. 5.2015



Europäische

Cost of NON-EUROPE Map

TOTAL: ± € 1597 billion



Quelle:
Study
Mapping the
Cost of Non-
Europe,
2014-2019,
European
Parliament
Research
Service,
PE 536.364,
3. Auflage
April 2015,
S.11

* Annualised one-off losses avoided in the event of a crisis



**Danke für Ihre
Aufmerksamkeit!**